

Quelle: NZZ vom 15.3.2018

Die Jurassier üben sich in Ungeduld

Bern verzögere den Prozess, behaupten die Separatisten von Moutier und schalten den Bundesrat ein

Es wird noch Jahre dauern, bis das Städtchen Moutier vom Kanton Bern zum Jura wechseln kann. Der Ball liegt bei den Berner Behörden.

ANTONIO FUMAGALLI, DELÉMONT

Es war ein Entscheid auf Messers Schneide: 51,72 Prozent der Stimmbevölkerung Moutiers sprachen sich am 18. Juni des vergangenen Jahres für den Kantonswechsel von Bern zum Jura aus – eine Differenz von gerade 137 Stimmen. Auf den Strassen des Städtchens im Jurabogen kannte der Jubel keine Grenzen, die separatistischen Gemeindebehörden riefen offiziell eine Freinacht aus. Der glühend heisse Tag im Frühsommer markierte den Höhepunkt eines Prozesses, der jahrzehntelang gedauert hatte und dank seiner etappierten Vorgehensweise international Beachtung fand.

Fast neun Monate sind vergangen. Viel weiter als im letzten Sommer sei man freilich nicht, sagen die Gewinner der Abstimmung. Sie bezichtigen die politischen und juristischen Behörden von Bern, den Prozess bewusst in die Länge zu ziehen. Nicht nur, um die 7000-Seelen-Gemeinde so lange wie möglich im Kanton zu «behalten», sondern auch, um die Resultate der bevorstehenden Gesamterneuerungswahlen von Gross- und Regierungsrat abwarten zu können. «Uns war immer klar: Vor diesem Stichdatum geht nicht viel», sagt Moutiers Gemeindepräsident Marcel Winistoerfer und betont im gleichen Atemzug, er wolle sich «nicht in die Angelegenheiten der Justiz einmischen». Der Urnengang findet am 25. März, ein allfälliger zweiter Wahlgang am 29. April statt.

Keine Stimmzettel gekauft

Der Ball liegt beim Regierungsstatthalteramt des Verwaltungskreises Berner Jura. Hier wurde im Nachgang der Abstimmung eine ganze Reihe von Beschwerden deponiert. Auf zwei ging das Amt nicht ein, wie es im Januar verlauten liess. Die Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland teilte ihrerseits im Februar mit, dass sie die strafrechtliche Untersuchung gegen unbekannt einstellt. Gerüchte, wonach Stimmzettel zugunsten eines Kantonswechsels gekauft worden seien, konnten nicht erhärtet werden.

Die gewichtigsten sieben Rekurse sind aber weiterhin hängig. Es geht um die Informationspolitik von Moutiers Gemeinderat im Vorfeld des Urnengangs, den formellen Ablauf des Abstimmungssonntags und allfällige Unstimmigkeiten bei der brieflichen Stimmabgabe. Haben die Rekurse gar das Zeug, eine neue Abstimmung zu erzwingen? Regierungsstatthalterin Stéphanie Niederhauser äussert sich

aufgrund der laufenden Untersuchung nicht. Klar ist: Das Amt gruppiert die sieben Beschwerden zu einem einzigen Entscheid, ein prozeduraler Rekurs wird separat behandelt. Dies wurde am 12. Februar beschlossen.

Zu welchem Zeitpunkt die sehnsüchtig wartenden (Neo-)Jurassier das «Globalurteil» zu allen Rekursen erwarten können, beantwortet Niederhauser auch nicht. Es hänge davon ab, wann der Entscheid von Mitte Februar in Kraft trete. Gleichentags hat das Regierungsstatthalteramt nämlich verfügt, dass das bisher im Auftrag Moutiers tätige Anwaltsbüro die Gemeinde wegen Interessenkonflikten nicht mehr vertreten darf. Ob gegen diesen Entscheid ein Rekurs eingegangen ist, sagt das Amt nicht – die Frist läuft noch bis 23. März. Mit anderen Worten: Vor den Berner Wahlen passiert nur schon aufgrund prozeduraler Gegebenheiten nicht mehr viel. Unabhängig davon betont Niederhauser, dass es «keinerlei Zusammenhang zwischen der Bearbeitung der Rekurse und den kantonalen Wahlen vom 25. März gibt».

Aufseiten der Separatisten will man dem nicht recht Glauben schenken. Die Gemeindebehörden von Moutier lassen jedenfalls keine Gelegenheit aus, das behördliche Vorgehen Berns anzuprangern. Ende November haben sie gar einen Brief an die Adresse der damaligen Bundespräsidentin Doris Leuthard geschrieben. In geharnischten Worten reklamieren sie darin über «juristische Langsamkeit» und «politische Manöver».

Noch sind Beschwerden hängig

Geantwortet hat Simonetta Sommaruga. Im Schreiben, das der NZZ vorliegt, nimmt die Justizministerin Bezug auf einen Entscheid der Berner Regierung. Diese hat Anfang Dezember kommuniziert, sie starte mit den Vorbereitungsarbeiten für den Kantonswechsel. Auch auf jurassischer Seite wurden ähnliche Schritte unternommen. Nur: Wie die Kantone Jura und Bern im Januar in einem gemeinsamen Communiqué mitteilten, beginnen die eigentlichen Verhandlungen erst, nachdem das Regierungsstatthalteramt des Berner Juras über die Beschwerden entschieden hat – jene Beschwerden also, die weiterhin hängig sind.

Das Szenario für den (wahrscheinlichen) Fall, dass die Rekurse und Weiterzüge abblitzen, ist bereits zurechtgelegt. Die jeweils dreiköpfigen jurapolitischen Delegationen der beiden Kantone sollen ein interkantonales Konkordat ausarbeiten. Dabei handelt es sich um eine Art Leitfaden, der die Modalitäten des Kantonswechsels regelt. Wie der Präsident der Berner Delegation, Regierungsrat Pierre Alain Schnegg (svp.) ausführt, geht es um zentrale Fragen wie die Aufteilung der Berner Vermögen in Moutier – etwa Landbesitz oder Immobilien – oder die Ernennung einer Instanz für - allfällige Streitbeilegungen. Letztlich müssen auch Details wie etwa die gegenseitige Anerkennung von bewilligungspflichtigen Berufen geregelt werden.

Ist dieses Konkordat ausgehandelt, muss es – in dieser Reihenfolge – von den beiden Regierungsräten, von den Kantonsparlamenten und von der Stimmbevölkerung sowohl von Bern als auch vom Jura gutgeheissen werden. In letzter Instanz segnet die Bundesversammlung die Änderung der Kantons Grenzen ab. Scheitert in dieser Kaskade auch nur ein Schritt, ist der ganze Prozess hinfällig – und Moutier würde zumindest vorderhand bernisch bleiben.

Der jurassische Regierungspräsident David Eray (pcsi.) geht davon aus, dass die Legislativhürde im Kanton Bern die höchste sein wird. An der Urne sieht er weniger Gefahr. «Die Bevölkerungen beider Kantone sind wohl froh, wenn die Sache erledigt ist», sagt Eray. Der Berner Regierungsrat Schnegg glaubt seinerseits, dass die Zustimmung von allen Instanzen «problemlos gelingen wird, wenn das Konkordat ausgewogen ist».

Auch im schnellstmöglichen Fall dauert es also noch Jahre, bis die Bevölkerung des Kantons Jura auf einen Schlag um einen Zehntel wächst. Die jurassische Regierung hat den Kantonswechsel per 2021 im Visier – dann beginnt eine neue Legislatur. Bern hingegen hat sich nie auf die Äste hinausgelassen und den Zeitplan lediglich als «sportlich» taxiert. Damit er eingehalten werden kann, müsste gemäss Pierre Alain Schnegg das Konkordat bis Herbst dieses Jahres ausgehandelt sein.

In Moutier selbst sind zumindest die Behörden überzeugt, dass letztlich alles klappt mit dem Wechsel des Kantons. Am Gemeindehaus weht, obwohl dieses noch eine ganze Weile auf Berner Boden stehen wird, schon seit geraumer Zeit die Flagge des Kantons Jura.